

Stadt Oberhausen • Schwarzstr. 72 • 46045 Oberhausen

Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein
Herrn
Dr. Stefan Becker
Lindenallee 29

45127 Essen NRW

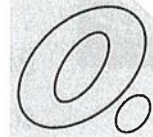
Gesundheitsversorgung Osterfeld Anfrage SPD-Fraktion Sozialausschuss

Sehr geehrter Herr Dr. Becker,

wie in anderen Kommunen ist auch die Stadtverwaltung Oberhausen in der Pflicht, den politischen Gremien der Stadt Auskunft über aktuelle und zukünftige Entwicklungen Auskunft zu erteilen.

Im vorliegenden Fall wünscht die SPD-Fraktion im Sozialausschuss, auch vor dem Eindruck der Presseberichte der letzten Wochen, Informationen zur Frage der gesundheitlichen Versorgung in Osterfeld. Da das hier thematisch geforderte Gesundheitsamt nicht im Besitz hinreichender Informationen zur gesundheitlichen Versorgung in Osterfeld ist, darf ich Sie, sehr geschätzter Herr Kollege Becker in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der KV Oberhausen bitten, nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Sieht die KV Oberhausen zum jetzigen Zeitpunkt Anzeichen von Versorgungslücken im ambulanten und stationären Bereich für den Stadtteil Osterfeld?
2. Welche Möglichkeiten der Verbesserung der künftigen medizinischen Versorgung auf ambulanten und stationären Gebieten werden seitens der KV für den Stadtteil Osterfeld gesehen?
3. Wie schätzt die KV Oberhausen insbesondere die Versorgung und den Bedarf in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung in Osterfeld ein?
4. Die Wartezeiten für eine psychiatrische bzw. psychotherapeutische Behandlung sind bekanntlich bundesweit sehr



stadt
oberhausen
Der Oberbürgermeister

46042 Oberhausen

Telefon 0208 825 1
Telefax 0208 825 27 55
E-Mail info@oberhausen.de
Internet www.oberhausen.de

Stadtsparkasse Oberhausen
Kto. Nr. 148 148
BLZ 365 500 00
IBAN
DE61 3655 0000 0000 1481 48
BIC
WELADED10BH

Bereich/Fachbereich
3-4-00
Gesundheitswesen

Datum 13.03.2019

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Bearbeiter/in
Dr. Henning Karbach

Durchwahl
0208-825 -2446

Telefax
0208-825 -5340

E-Mail
Henning.karbach@oberhausen.de

Verwaltungsgebäude
Tannenbergr. 11-13

Zimmer Nr.
0.20

→ - siehe Rückseite -



lang, so auch in Oberhausen. Wie hoch sind die durchschnittlichen Wartezeiten für eine psychiatrische und psychotherapeutische Behandlung für Oberhausener und speziell Osterfelder Bürger?

5. Sieht die KV Oberhausen angesichts der Alters- und Sozialstruktur des in Rede stehenden Stadtteils einen besonderen medizinischen Versorgungsbedarf, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Senioren?
6. Besteht aus Sicht der KV Oberhausen auf absehbare Zeit die Gefahr einer Verschlechterung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im Stadtteil Osterfeld?
7. Welche Entwicklungspotentiale in Bezug auf die gesundheitliche Versorgung in Osterfeld ergeben sich aus Sicht der KV angesichts der vor kurzem erfolgten Aufhebung des Sonderstatus des Ruhrgebiets im Rahmen der vertragsärztlichen Bedarfsplanung?
8. Ergeben sich nach Ansicht der KV Oberhausen bereits jetzt oder in absehbarer Zeit Probleme im Hinblick auf eine den Erfordernissen entsprechende adäquate Notfallversorgung im Stadtteil Osterfeld?
9. Ist in absehbarer Zeit für die Stadt Oberhausen die Einrichtung eines integrierten Notfallzentrums (INZ) geplant und wenn ja, könnte es in der KKO St. Marienhospital Osterfeld angesiedelt werden?
10. Im April 2018 hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten vorgestellt, wonach Patienten innerhalb von 30 Minuten mit ihrem Auto ein INZ bzw. eine Portalpraxis erreichen können? Unternimmt die KV Oberhausen ausreichende Vorkehrungen dafür, dass diese Vorgaben auch für das gesamte Gebiet des Stadtteils Osterfeld erfüllt werden können?
11. Außerhalb der üblichen Praxiszeiten wird die ambulante Versorgung in Oberhausen-Osterfeld durch die ärztliche Notfallversorgung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) sichergestellt. Wie haben sich die Leistungen seit 2010 hier entwickelt?
12. Wie haben sich die Behandlungszahlen im ärztlichen Notfalldienst bezogen auf den Stadtteil Osterfeld seit 2010 entwickelt?
13. Gibt es seitens der KV Oberhausen Erkenntnisse, in welchem Umfang sich die Reha-Bedarfe der Osterfelder Bevölkerung seit 2010 entwickelt haben?

14. Wenn nein, ist der KV Oberhausen bekannt, welche Gesundheitsakteure in Oberhausen dem Gesundheitsamt Oberhausen entsprechende Bedarfszahlen bereitstellen kann?
15. Gab es im Stadtteil Osterfeld in den zurückliegenden acht Jahren eine Reduktion von Praxisstandorten? (Bitte nach Facharztgruppen aufschlüsseln.)
16. Wie schätzt die KV Oberhausen die Ankündigung des Geschäftsführers der KKO Oberhausen, Herrn Michael Boos und des Leiters Medizinische Entwicklung und Prozessmanagement, Herrn Dr. Holger Ernst, ein, dass die Planung eines Reha-Zentrums Osterfeld nicht mehr aktuell sei und beabsichtigt ist, stattdessen ein Gesundheitszentrum zu errichten?
17. Wäre aus Sicht der KV Oberhausen ein Reha-Zentrum in Osterfeld ggf. eher angezeigt als an einem anderen Standort?
18. Sieht die KV Oberhausen durch die o. g. Pläne der KKO Oberhausen die Versorgung von Osterfelder Patienten auf dem Gebiet der wohnortnahen Reha gefährdet?
19. Sind die Pläne der KKO Oberhausen zur Errichtung eines Gesundheitszentrums in Osterfeld mit der KV Oberhausen abgestimmt und unterstützt die KV Oberhausen diese Pläne?
20. Sieht die KV Oberhausen Bedarf zur Entwicklung von niederschweligen Gesundheitsangeboten insbesondere für die Gruppe von Kindern, Jugendlichen und Senioren im Stadtteil Osterfeld?
21. Sieht die KV Oberhausen Bedarf zur Entwicklung von niederschweligen Gesundheitsangeboten für in prekären sozialen Verhältnissen lebende Bevölkerungsgruppen?
22. Wären aus Sicht der KV Oberhausen verstärkte Anstrengungen des Gesundheitsamtes auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung in Osterfeld?
23. Das Angebot der Gerontopsychiatrischen Beratungsstellen im Johanniter-Krankenhaus in Sterkrade und am KKO St. Josef-Hospital in Alt-Oberhausen wird mittlerweile sehr gut angenommen. Sieht die KV Oberhausen ggf. den Bedarf für die Einrichtung einer ähnlichen Beratungsstelle auch am Standort der KKO Marien-Hospital?

Ich bedanke mich schon jetzt für Ihre Bereitschaft, diesen doch recht umfangreichen Fragenkatalog zu beantworten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. H. Henning Karbach

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Um den **Standort St. Marien-Hospital** zukunftsfähig auszurichten, musste er einen nachhaltig tragfähigen neuen Leistungsschwerpunkt erhalten, der ausgerichtet auf die nächsten 15-20 Jahre eine wirtschaftlich tragfähige Struktur bietet. Diese Struktur wird in einem **internistisch-geriatrischem Schwerpunkt Krankenhaus** gesehen, in dem die umfassende geriatrische Versorgung der Oberhausener Bevölkerung sichergestellt werden soll. Ein besonderes Augenmerk soll in der Erbringung von **geriatrischen Frührehabilitationskomplexbehandlungen** liegen. Ergänzt wird das Angebot durch die **Innere Medizin mit dem Schwerpunkt Pulmologie** sowie durch die **stationäre und ambulante Schmerzmedizin**.

Die vorhandenen OP-Räumlichkeiten sollen zur Etablierung eines **ambulanten OP-Zentrums** genutzt werden.

Somit sieht das **Zukunftskonzept** für den Standort St. Marien-Hospital im Überblick wie folgt aus:

1. Etablierung einer internistisch-geriatrischen Schwerpunktlinik mit Intensivstation mit geriatrischer Frührehabilitation
2. Innere Medizin mit Pulmologie
3. Schmerztherapie einschließlich Schmerzambulanz
4. Etablierung einer leistungsstarken geriatrischen Tagesklinik
5. Beibehaltung der internistischen Notfallambulanz
6. Beibehaltung der berufsgenossenschaftlichen Notfallambulanz, über diese auch eine Versorgung tagsüber für chirurgische und unfallchirurgische Patienten (der Rettungsdienst fährt allerdings den Standort nicht mit unfallverletzten Personen an)
7. Etablierung eines ambulanten OP-Zentrums für eigene und externe ambulante Operationen
8. Vermietung von Räumlichkeiten an niedergelassene Arztpraxen, soweit möglich
9. Betrieb der Radiologie durch das Radiologie Institut Oberhauen (RIO)
10. Einbeziehung bzw. Etablierung weiterer Angebote aus dem Bereich der stationären Altenhilfe, soweit rechtlich möglich und entsprechende Flächen zur Verfügung stehen
Durch eine weitere Vernetzung des Standortes mit Haus- und Fachärzten und deren Einbindung auch in die stationäre Leistungserbringung sowie in das ambulante Operieren kann ein stadtteilbezogenes interdisziplinäres Gesundheitszentrum mit Campusstrukturen entstehen
11. Bebauung altes Hallenbadgelände
 - a) Über Investoren können Gebäude errichtet werden, die für krankenhausnahe Dienstleistungen oder externe Anbieter verwendet werden können. Hier kann es sich ggf. anbieten, niedergelassenen Ärzten Räumlichkeiten anzubieten
 - b) Dafür ist aus unserer Sicht ein Gesamtkonzept für die städtebauliche Erschließung und Nutzung des gesamten Geländes notwendig

Antwort auf die mündlichen Anfragen des Herrn Stadtverordneten Telli im Rahmen der Sitzung des Sozialausschusses am 14.03.2019.

1. Die Entscheidung der KKO Oberhausen, vorgetragen durch den Geschäftsführer, Herrn Boos, auf den Bau eines Reha-Zentrums in Osterfeld zu verzichten, ist nach Kenntnis des Gesundheitsamtes Oberhausen eine private Entscheidung des Trägers der Klinik. Jedenfalls betrifft sie nicht die Hoheit des Landes in Bezug auf die Krankenhausbedarfsplanung. Letztere berührt ausschließlich die Anzahl und Verteilung der Krankenhausbetten, das heißt den stationären Sektor, in der jeweiligen Region. In Bezug auf die Vor-Ort-Rehabilitation kann der jeweilige Krankenhausträger eigene Entscheidungen treffen. Insofern ergeben sich keine hinreichenden Einflussmöglichkeiten, über die Bezirksregierung bzw. das Land NRW eine Revision dieser Entscheidung herbeizuführen.

2. Mit dem Basisgesundheitsbericht 2016 hat das Gesundheitsamt Oberhausen eine strukturierte Gesundheitsberichterstattung eingeführt. Diese hat zum Ziel, in regelmäßigen, derzeit 2-jährigen Abständen, Berichte zur Lage der Gesundheit in der Stadt Oberhausen zu erstellen. Ein wichtiger Vorteil dieser Vorgehensweise ist, u. a. ein Verlauf bzw. eine Entwicklung gesundheitlicher Verhältnisse beobachten zu können.

Die Gesundheitsberichterstattung soll selbstverständlich nicht nur Daten liefern, sondern auch Grundlage für strukturierte Maßnahmen und Projekte sein, die gesundheitliche Situation der Bevölkerung der Stadt Oberhausen zu verbessern, insbesondere unter Beachtung des für den öffentlichen Gesundheitsdienstes wichtigen Subsidiaritätsprinzips.

So wurden bereits in der Vergangenheit wichtige Gesundheitsförderungsprogramme durch das Gesundheitsamt initiiert und entweder selbst oder in Kooperation mit Partnern umgesetzt. Die Programme zielten bisher im Wesentlichen auf das gesamte Stadtgebiet, weniger auf einzelne Ortsteile bzw. Stadtteile.

Letztere Vorgehensweise kann für die Zukunft eine Option sein, wenn aus den Daten hervorgeht, dass einzelne Stadtteile in ihrer gesundheitlichen Entwicklung von denen anderer Quartiere abgehängt werden.

Dr. Hans-Henning Karbach